

Resolution der Mitgliederversammlung von IHK NRW für einen Neustart im Bund

13.11.2024, Münster

„Keine Zeit für Stagnation“

Auf ihrer Sitzung am 13.11.2024 appelliert die Mitgliederversammlung von IHK NRW an den Bund, jetzt Verantwortung für den Standort zu übernehmen.

Wirtschaftsstandort NRW auf der Kippe

Die NRW-Wirtschaft tritt seit über zwei Jahren auf der Stelle: kein Aufschwung, keine Bewegung – nirgends. Die Bundesregierung senkt ihre Konjunkturprognose und erwartet sogar einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 0,2 Prozent im Jahr 2024. Auch für 2025 geben die Konjunkturumfragen der IHKs in NRW keine Entwarnung. Im Gegenteil, gerade in Nordrhein-Westfalen droht aufgrund der spezifischen Wirtschaftsstruktur ein noch deutlicherer Rückgang. An den Trend von vor der Corona-Krise wird das **Wirtschaftswachstum** in NRW auf absehbare Zeit nicht mehr anknüpfen können. Marode Infrastrukturen belasten die Unternehmen und das Außenbild unseres Landes.

Nach den Entscheidungen im Bund droht Stillstand und damit ein weiterer Rückschlag für den Standort. Der Ernst der wirtschaftlichen Lage, aber auch die sicherheitspolitischen und außenwirtschaftlichen Unwägbarkeiten erfordern eine handlungsfähige Bundesregierung – keine monatelange Hängepartie.

Zusätzliche Verzögerungen darf es angesichts der Entwicklungen in Europa und weltweit nicht geben. Für unsere mittelständische Wirtschaft brauchen wir eine klare Ausrichtung auf Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit – aber keine neue Debatte über Wahlgeschenke, die auf Kosten kommender Generationen gehen.

Decarbonisierung, Digitalisierung, demografischer Wandel und auch der wachsende Wettbewerb mit China haben strukturelle Anpassungsprozesse ausgelöst, die die Wachstumsperspektiven der NRW-Wirtschaft dämpfen. Besonders in der NRW-Industrie überlagern sich derzeit die Unsicherheiten im Wandel hin zur Klimaneutralität und die anhaltende konjunkturelle Flaute. Die

energieintensiven Industrien NRW stehen mit der Grundstoffproduktion am Anfang der Wertschöpfung. Noch in der Coronakrise waren gerade diese klassischen, mittelständischen Industrien der Garant für die wirtschaftliche Stabilität NRW.

In der Wirtschaft droht eine **Abwärtsspirale**, die die wichtigen Wertschöpfungsketten Nordrhein-Westfalens über die Industrie hinaus bedroht. Der Fachkräftemangel erschwert die Situation der Wirtschaft zusätzlich und erfordert Innovations- und Produktivitätsfortschritte. Auch nachgelagerte Branchen wie der Handel leiden unter dem wachsenden Wettbewerbsdruck und kommen nicht in Schwung. In vielen Innenstädten NRW ist die Lage besorgniserregend.

So kann es nicht weitergehen. Bis zur Bundestagswahl drohen Stagnation und Stillstand. Ein **Sofortprogramm** zur Schaffung wettbewerbsfähiger Rahmenbedingungen für alle Industrieunternehmen ist absehbar vom Tisch.

Unser Land verliert national und international den Anschluss. Die Unternehmen brauchen ein deutliches **Aufbruchssignal**, um wieder richtig durchstarten zu können: wettbewerbsfähige Energiepreise und niedrigere Steuern sind ein erster Schritt - schnellere Genehmigungen sowie ein konsequenterer Abbau von Bürokratie, auch auf europäischer Ebene, ein zweiter. Als Drittes braucht es eine belastbare Finanzierung des Wandels in den Unternehmen und auch in den Kommunen, um Planungssicherheit zu schaffen und um Zukunft in NRW möglich zu machen.

Die **Mitgliederversammlung von IHK NRW** appelliert daher an die Politik: Die kommenden Wochen dürfen für die NRW-Wirtschaft nicht verloren gehen! Die Unternehmen in NRW brauchen wirksame Konjunkturimpulse, um die aktuelle Schwächephase zu überwinden und den Strukturwandel annehmen zu können. Alle Parteien sind gefordert, bis zur Wahl wirksame Konzepte zu entwickeln und dann schnell in die Umsetzung zu kommen.

(1) Es ist Zeit für einen Neustart.

In der neuen strategischen Ausrichtung setzt die EU-Kommission den Fokus auf Wettbewerbsfähigkeit, Wohlstand und Sicherheit, ohne den Wandel hin zur Klimaneutralität aus dem Blick zu nehmen. Diese Neuausrichtung gilt es, schnell in konkretes Handeln zu überführen. Auch in der Übergangszeit muss sich die Bundesregierung gegenüber der EU-Kommission für ein Belastungsmoratorium einsetzen, das unmittelbar die neuen, bürokratischen Lasten aus den Berichtspflichten zur Nachhaltigkeit, der Lieferkette und im CO₂-Außenhandel koordiniert und reduziert. Bei den vielen sich doppelnden Initiativen in Bund und EU sollte eine Verpflichtung auf eine synergetische Umsetzung selbstverständlich sein.

(2) Es ist Zeit, zusammenzuarbeiten.

Jährlich scheiden etwa 100.000 ältere Arbeitskräfte mehr aus dem NRW-Arbeitsmarkt aus, als Junge hinzukommen. Diese wachsende Lücke gefährdet unseren Wohlstand. Wichtige Transformationsaufgaben wie Digitalisierung, Klimaschutz aber auch der soziale Sektor hängen davon ab, ausreichend Fachkräfte einsetzen zu können. Unternehmen benötigen flexible Angebote zur Weiterarbeit, statt Anreize zum frühzeitigen Aufhören, Hilfen bei der Integration von Fachkräften

und eine gezielte qualifizierte Zuwanderung – anstelle eines überhitzten Gegeneinanders in einem sich verschärfenden Bundestagswahlkampf.

(3) Es ist Zeit für mehr Geschwindigkeit.

Vielfach stehen wir uns selbst im Weg. Komplizierte und widersprüchliche Regelungen verhindern oder verzögern Investitionen in Unternehmen, Infrastrukturen und auch in die Bildung. Mit den bestehenden Regulierungen wird der Wandel keine Fahrt aufnehmen. Statt weiter nur zu reparieren oder an einzelnen Stellschrauben zu drehen, gilt es, Verfahren neu aufzusetzen und durch eine konsequente Digitalisierung auf Effizienz auszurichten. Dies muss eine Kernaufgabe der nächsten Bundesregierung werden.

(4) Es ist Zeit, den Wandel ernst zu nehmen.

Die Transformation erfasst alle Lebensbereiche nicht nur den Energie-, Wärme- oder Verkehrssektor, sondern auch unsere Städte, etwa über die Klimafolgenanpassung oder den gesellschaftlichen Bereich von der Kinderbetreuung bis zur Sicherheit des Standorts. Die **Finanzierung** dieser Aufgaben sowie der zunehmende **Fachkräftemangel** überfordern viele Kommunen. Die Debatten um die Haushalte von Bund und Land verdeutlichen, dass nicht alle Ziele gleichzeitig erreicht werden können. Politik und Verwaltung müssen zeigen, dass sie nicht nur Ziele formulieren, sondern auch bereit sind, die Herausforderungen des Wandels selbst anzunehmen, ohne alle Lasten auf zukünftige Generationen zu verschieben. Es ist an der Zeit für einen realistischen **Umsetzungsscheck** und eine **Rückführung von Regulierungen**.

Zeit nutzen – Nordrhein-Westfalen flott für die Zukunft machen

Nach dem Aus der Bundesregierung, kommt es umso mehr auf das Land an. In der zweiten Hälfte der Legislatur muss die Landesregierung Nordrhein-Westfalens durch klare **Prioritäten** auf **Wohlstand** und **Wachstum** eine Guideline für den Wandel und damit neues Vertrauen für die politische Arbeit schaffen.

Beim Ausbau der **Erneuerbaren Energien** zeigt sich, dass eine **Beschleunigung von Verfahren und der Abbau von Bürokratie** gelingen kann, wenn der politische Wille da ist. Über den Pakt für Planungsbeschleunigung sind die Grundlagen gelegt worden, um den Hochlauf der Erneuerbaren zu forcieren. Viele Maßnahmen müssen noch **rechtssicher** umgesetzt werden und dann auch im **Verwaltungsalltag** greifen. Ein Hin und Her, wie zuletzt beim **Landesplanungsgesetz** oder dem **Landesentwicklungsplan** schafft Unsicherheit und verhindert den Hochlauf der Erneuerbaren.

Beim Ausbau der begleitenden Infrastrukturen – Kraftwerke, dezentralen Netze für Strom und Wasserstoff oder bei Elektrolyseuren – fehlt das Tempo und die Finanzierung. Um Planungssicherheit zu schaffen, muss die Landesregierung, wenn Ziele etwa aus der **Energie- und Wärmestrategie** nicht erreichbar sind, einen **Plan B zur Standort- und Versorgungssicherung** vorlegen.

Daneben sollte die Landesregierung nun mit der gleichen Entschlossenheit, mit der sie den Ausbau der Erneuerbaren vorantreibt, die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts insgesamt – von der **Transformation der Industrie**, über den Aus- und Umbau unserer **Städte, Infrastrukturen** und **Bildungseinrichtungen** – in den Fokus nehmen. Bei Vorhaben, die für das Funktionieren des täglichen Lebens wichtig sind, wie **Bauvorhaben** in der **Verkehrsinfrastruktur** oder bei der **Kinderbetreuung**, müssen die Unternehmen und Beschäftigte vertrauen können, dass politische Vorhaben auch umgesetzt werden. Die im Bundesvergleich hohen kommunalen Hebesätze bei Grund- und Gewerbesteuer sorgen für eine höhere Abgabenlast der NRW-Wirtschaft.

Über die zentralen Stellschrauben in der **Landesplanung**, einer auf Effizienz und **Digitalisierung** ausgerichteten Verwaltung und einem Wandel des **Mindsets** – hin zum Möglichmachen – kann die Landesregierung Verfahren beschleunigen und damit eine neue Dynamik im Land auslösen. Statt wie bei der Differenzierung der **Grundsteuer** oder eine **neue Abgabe zur ÖPNV-Finanzierung** neue Bürokratie zu schaffen und Unternehmen zu belasten, um kurzfristig Löcher zu stopfen, müssen vor der Kommunalwahl 2025 Schritte für eine nachhaltig tragfähige **Kommunalfinanzierung** eingeleitet werden.

Der demografische Wandel wirkt sich spürbar auf den **Arbeits- und Ausbildungsmarkt** in NRW aus. Auf dem Ausbildungsmarkt werden die Probleme durch ein wachsendes, regionales Ungleichgewicht zusätzlich verschärft. So nehmen die Regionen zu, in denen Ausbildungsplätze nicht besetzt werden können, während es in anderen Regionen weiterhin junge Menschen ohne Ausbildungsplatz gibt. Die Fachkräfteoffensive der Landesregierung ist ein richtiger Schritt. Jetzt gilt es, konkrete Maßnahmen umzusetzen – insbesondere bei der systematischen Nutzung von **Kompetenzen** zur Sicherung des Fachkräftebedarfs und der gezielten Anwerbung **internationaler Fachkräfte**.

Die jüngsten **Ansiedlungserfolge** für NRW zeigen, dass NRW ein starker und weltweit anerkannter Wirtschaftsstandort ist. Unsere Unternehmen wissen, dass der Wandel Härten mit sich bringt, sich aber immer auch Chancen bieten. Das, was sie vor allem brauchen, ist ein internationales und nationales **Level-Playing Field**, zukunftsfähige und wirtschaftsorientierte Rahmenbedingungen sowie Rückenwind aus der Politik. Bilaterale und multilaterale Freihandelsabkommen sind wesentliche Grundlage für den globalen Handel und damit auch den wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen aus NRW. Dann werden und können sie den Wandel kreativ, mutig und auch erfolgreich angehen und in die Zukunft des Standorts investieren.